

PRESSENOTIZ

Die EU-Westbalkan-Strategie: eine neue Herangehensweise

Die Kommission anerkennt, dass wirtschaftliche Integration alleine nicht zu politischer Kooperation führen wird, und signalisiert den Willen zu mehr Interventionen seitens Brüssel in der Region.

- Die Europäische Kommission präsentiert heute eine neue Strategie für den EU-Beitritt der Westbalkanländer.
- Die Kommission legt ihren Fokus auf zwei Themen: die Lösung von unerledigten Sicherheitsfragen in der Region sowie die Stärkung der Rechtstaatlichkeit.
- Dies stellt einen Schwerpunktwechsel Brüssels dar. Bisher war die Annahme der EU, dass eine Verbesserung der wirtschaftlichen Vernetzung automatisch auch zu mehr politischer Kooperation führt. Die neue Herangehensweise anerkennt, dass die beiden Probleme zugleich gelöst werden müssen, und in manchen Fällen die politische Frage zuerst.
- Damit verfolgt Brüssel einen stärker interventionistischen Kurs als zuvor. Die EU fordert mehr Fortschritte beim Prozess der Staatenbildung und bei der bilateralen und regionalen Kooperation.
- Diese Stoßrichtung kann positiv gesehen werden, und eine stärkere Rolle der EU bei der Mediation von regionalen Konflikten sollte die Wahrscheinlichkeit der Lösung erhöhen. Aber auch das alleine wird nicht ausreichen, um einen zügigen EU-Beitritt der Westbalkanländer sicherzustellen. Es bleibt abzuwarten, welche Instrumente die EU verwenden wird können, um ihre Vorhaben zu erreichen.
- Als vorläufiges Zieldatum für einen EU-Beitritt wurde das Jahr 2025 genannt, obwohl dies für die meisten Länder der Region, wenn nicht alle, zu ambitiös angesetzt ist. Das Schlüsselland am Westbalkan ist Serbien, und ein Fortschritt bei den Mitgliedschaftsverhandlungen mit diesem Kandidaten würde sich positiv für alle anderen auswirken.

wiiw, 6. Februar 2018

Für Rückfragen:

Vladimir Gligorov, Tel: 533 66 10-23 gligorov@wiiw.ac.at

Richard Grieveson, Tel: 533 66 10-56 grieveson@wiiw.ac.at

Mario Holzner, Tel: 533 66 10-28 holzner@wiiw.ac.at